



# FA Datenschutzportal

## DSP Info-Brief

Nr. 46 / Mai 2017

## INHALT

### DATENSCHUTZPORTAL INTERN

- 1 Fragen des Live-Chats vom 26.5.17 ..... 3

### IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ

- 2 Datenschutz im Internet: BfDI begrüßt Urteil des BGH zur Klarstellung  
des Personenbezugs von dynamischen IP-Adressen..... 6
- 3 Der Hessische Datenschutzbeauftragte legte den 45. Tätigkeitsbericht vor ..... 6
- 4 Zulässigkeit von Videoaufzeichnungen durch einen ausrichtenden Verband  
im Wettkampf..... 6

### MEDIEN –TECHNIK – SICHERHEIT

- 5 Urheberrecht in sozialen Netzwerken: Worauf Sie beim Teilen und Liken  
achten sollten? ..... 9
- 6 Facebook analysiert die Gefühle von Jugendlichen..... 9

### GESETZGEBUNG

- 7 Stellungnahme der Bundesdatenschutzbeauftragten zum neuen Gesetz .....11
- 8 Bundestag verabschiedet neues Bundesdatenschutzgesetz: Das Wichtigste auf einen  
Blick – Stellungnahme der Bundesdatenschutzbeauftragten zum neuen Gesetz ..... 12

### AKTUELLE URTEILE

- 9 Dynamische IP-Adressen dürfen als personenbezogene Daten nur unter  
bestimmten Voraussetzungen gespeichert werden .....13
- 10 BGH: Markenverletzung durch programmierte Aufnahme einer Marke in Quelltext  
einer Internetseite durch Suchanfragen der Nutzer ..... 14
- 11 Sächsische Behörden dürfen Auskünfte an Presse und Rundfunk nur nach Maßgabe  
des Sächsischen Pressegesetzes und des Rundfunkstaatsvertrages verweigern .....15

#### Herausgeber

Führungs-Akademie des DOSB

#### Kontakt FA

Führungs-Akademie des DOSB

Willy-Brandt-Platz 2 / 50679 Köln

Tel. 0221 – 221 275 94 /// Fax: 0221 – 221 220 13

[www.fuehrungs-akademie.de](http://www.fuehrungs-akademie.de)

[niewerth@fuehrungs-akademie.de](mailto:niewerth@fuehrungs-akademie.de)

#### Technische Umsetzung

Führungs-Akademie des DOSB

#### Redaktion

Toni Niewerth / Robert Graf

#### Kontakt SVBG

Sachverständigenbürogemeinschaft Mülöt:Graf

Westfalenweg 2

33449 Langenberg

[www.muelot.de/](http://www.muelot.de/)

[r.graf@muelot-Graf.de](mailto:r.graf@muelot-Graf.de)

#### Copyright

© 2017 by SVBG MÜLOT:GRAF

**DATENSCHUTZPORTAL INTERN****1 Die Themen im Live-Chat vom 26. Mai 2017****(1) Zur Nutzung der App „SpielerPlus“**

In unserer Fußballabteilung wird in den verschiedenen Mannschaften intensiv die App SpielerPlus genutzt:

"Organisiert euer Team per App. SpielerPlus vereinfacht die Planung, Kommunikation und Koordination eurer Mannschaft. Schnell, einfach und immer dabei!"

Gibt es aus Gründen des Datenschutzes Vorbehalte gegen diese App?

Danke und beste Grüße aus dem Münsterland.

**AW R. Graf:**

Ich musste erst etwas recherchieren, da mir die Anwendung unbekannt war. Soweit ich das Prinzip verstehe, pflegt ein Organisator die personenbezogenen Daten von Spielern in einer Webseite oder über die Smartphone Anwendung ein, um damit zum Beispiel Termine zu organisieren.

Bei diesen personenbezogenen Daten handelt es sich um Namen und gegebenenfalls Zugehörigkeit zu einer Mannschaft.

Ich habe mir die Webseite angesehen und finde in der Datenschutzerklärung keine Hinweise auf den Umgang mit diesen personenbezogenen Daten, wer darauf Zugriff hat, wo sie gespeichert werden. Zum einen wären diese Fragen zu klären, da es sich hier im weitesten Sinne um eine Auftragsdatenverarbeitung handeln könnte. Zum anderen würde ich empfehlen, die Einwilligung der Spieler einzuholen.

Ich sehe, dass es ein Kontaktformular auf der Webseite gibt, gegebenenfalls klären Sie die offenen Fragen mit dem Anwendungshersteller.

**(2) Ersetzung unseres bisherigen Mitgliedsausweises durch eine Plastikkarte ohne Bild**

Wir wollen unsere laminierten Mitgliedsausweise umwandeln/ umstellen auf Plastikkarten (ohne Foto). Es wird dafür vor Ort im Sportcenter an der Rezeption ein Foto gemacht, welches direkt im Computer in der Mitgliedsmaske abgelegt/ abgespeichert wird. Auf der Mitgliedskarte steht dann nur noch der Name, die Mitgliedsnummer, das Geburtsdatum und der Barcode, der dann jeweils vor Ort eingescannt wird. Der Rezeptionsmitarbeiter gleicht dann beim Check in das Foto im System mit der Person vor Ort ab.

- Müssen wir insgesamt noch irgendwas beachten?
- Gilt das Foto schießen automatisch als Einstimmung/ Zustimmung?

**AW R. Graf**

Soweit ich das Problem verstehe, ist das Bild des Mitglieds auf den Mitgliedsausweis erforderlich und kann durch keine andere Maßnahme entsprechend umgesetzt werden.

D. h.: Wenn das Mitglied der Nutzung seines Bildes widerspricht, endet automatisch seine Mitgliedschaft. Wäre ein Widerspruch der Nutzung seines Bildes möglich, konnte man unterstellen, dass keine Erforderlichkeit der Verarbeitung des Bildes notwendig ist. Nur in diesem Falle wäre eine Einwilligung der Mitglieder in die Nutzung des Bildes notwendig.

Bitte beachten Sie, dass spätestens im Mai 2018 eine Widerspruchsmöglichkeit zur Nutzung von personenbezogenen Daten, die nicht erforderlich sind, möglich sein muss.

Zu beachten ist darüber hinaus, dass ab Mai 2018 Bilder von Personen gegebenenfalls zu den besonderen personenbezogenen Daten gemäß Art. 9 Datenschutz Grundverordnung gehören können. Dadurch werden höhere Anforderungen an die Sicherheit der Daten gestellt und gegebenenfalls eine Datenschutzfolgeabschätzung notwendig.

Zusammenfassend: Ist das Bild für die Mitgliedschaft erforderlich, wäre die Aufnahme als Zustimmung zu werden.

In diesem Zusammenhang ist mir aufgefallen, dass auch das Geburtsdatum auf dem Mitgliedsausweis gespeichert wird. Ist dies erforderlich?

---

### **(3) Wann haftet der Verein für (Urheber-)Rechtsverletzungen von Einträgen auf der Website von Abteilungen?**

In einem Urteil zum Umfang von Unterlassungsverpflichtungen bei Urheberrechtsverletzungen von Schulen hat das OLG Frankfurt am Main entschieden, dass das Land für eine Urheberrechtsverletzung auf der Homepage einer Schule verantwortlich ist und daher zu Schadensersatz verpflichtet ist (im beklagten Fall hatte ein Lehrer auf der Homepage der Schule ein Cartoon eines Künstlers ohne Lizenz veröffentlicht).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Land haftet für Urheberrechtsverletzungen von Lehrern auf Schul-Webseite  
Quelle: Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Urteil vom 09.05.2017 AZ - 11 U 153/16 –  
Fundort: © kostenlose-urteile.de (ra-online GmbH), Berlin 10.05.2017 Do.Nr.: 24222

OLG Frankfurt am Main zum Umfang der Unterlassungsverpflichtungen bei Urheberrechtsverletzungen von Schulen  
Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat das Land Hessen verpflichtet, die Veröffentlichung eines Cartoons mit schulbezogenem Inhalt eines deutschlandweit bekannten Cartoonisten auf einer Schulhomepage zu unterlassen.

Die Klägerin des zugrunde liegenden Verfahrens nimmt die Verwertungsrechte des Cartoonisten S. wahr. Ein hessischer Lehrer hatte auf der Homepage seiner Grundschule eine Zeichnung dieses Cartoonisten ohne Lizenz veröffentlicht. Die Klägerin verlangt von dem beklagten Land zum einen Schadensersatz wegen einer Amtspflichtverletzung. Zum anderen begehrt sie, dass das beklagte Land zukünftig jegliche Veröffentlichung dieses Cartoons unterlässt. Das Land weist die Verantwortlichkeit dagegen allein dem kommunalen Schulträger zu. Für diesen hafte es nicht.

LG: Land hafte für Urheberrechtsverletzungen

Das Landgericht Frankfurt am Main hat das Land zur Schadensersatzzahlung und zum Unterlassen verpflichtet. Das beklagte Land hafte für vergleichbare Urheberrechtsverletzungen seiner Lehrer und aller seiner Bediensteten in den Landesbehörden.

OLG bejaht ebenfalls Haftung des Landes

Inwieweit kann sich ein Hauptverein davor schützen, für Rechtsverletzungen auf der Website von Abteilungen verantwortlich gemacht zu werden?

**AW R. Graf:**

Um es kurz zu machen, gar nicht. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die unerlaubte Nutzung von urheberrechtlich geschützten Daten, sondern auch für Verlinkungen. Die sicherste Empfehlung die man geben kann, ist, keine Verlinkung auf fremde Webseiten zuzulassen. Ich verstehe natürlich, dass dies ein Problem ist, kann mir gleichzeitig nicht vorstellen, dass jede verlinkte Seite rechtssicher geprüft werden kann.

Der Hauptverein hätte allerdings die Möglichkeit, die Abteilung darauf zu verpflichten, eine solche Prüfung durchzuführen.

Ob dies im Konfliktfall ausreicht, um aus der Haftung herauszukommen, müsste ein Rechtsanwalt prüfen.

-----

---

Auf die Berufung des Landes hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main die Haftung dem Grunde nach bestätigt, den Umfang der Unterlassungsverpflichtung jedoch eingeschränkt. Das Oberlandesgericht teilt die Ansicht des Landgerichts, dass das beklagte Land grundsätzlich für den Inhalt einer Schulhomepage einstehen muss, die von einem ihrer Dienstaufsicht unterstehenden Lehrer betreut wird. Die Ausgestaltung eines schulbezogenen Internetauftritts berühre den Bereich des vom Land wahrzunehmenden staatlichen Bildungsauftrags (§ 92 HSchulG). Die schulische Internetpräsenz stelle eine Art "virtuelle Visitenkarte" der Schule dar, die ihr individuelles Gesicht vermittele. Prägend seien pädagogische Aspekte, etwa das Schulprofil und besondere Lern- und/oder Förderangebote. Diese Inhalte unterfielen dem Verantwortungsbereich des Landes und nicht dem des kommunalen Schulträgers. Zu dessen Aufgaben zähle allein die räumliche und sachliche Ausstattung der Schulgebäude, unter anderem mit einem Internetanschluss.

OLG schränkt Umfang der Unterlassungsverpflichtung ein

Das Oberlandegericht hat den Umfang der Unterlassungsverpflichtung jedoch auf Urheberrechtsverstöße beschränkt, für welche im Hinblick auf die erfolgte Veröffentlichung zukünftig eine Wiederholungsgefahr anzunehmen ist. Der explizit schulbezogene Inhalt des Cartoons und die Veröffentlichung auf einer Schulhomepage grenzten dies auf das schulische Umfeld ein. Die Verpflichtung erstreckte sich dagegen nicht auf sämtliche dem beklagten Land unterstehenden Behörden und deren Mitarbeiter.

**IN DER DISKUSSION – NEUIGKEITEN RUND UM DEN DATENSCHUTZ****2 Datenschutz im Internet: BfDI begrüßt Urteil des BGH zur Klarstellung des Personenbezugs von dynamischen IP-Adressen**

Quelle: [BfDI Pressemitteilung vom 16.5.17](#);

Andrea Voßhoff: Wie zu erwarten, ist der BGH in seinem heutigen Urteil dem Europäischen Gerichtshof gefolgt und hat dynamische IP-Adressen als personenbezogenes Datum eingestuft. Vor diesem Hintergrund begrüße ich das Urteil ausdrücklich. Es bestätigt meine langjährige Position und stärkt den europäischen Datenschutz. Darüber hinaus hat der BGH entschieden, dass Anbietern von Webseiten oder anderen Online-Diensten eine Speicherung der IP-Adressen erlaubt sein muss, sofern dies für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Dienste erforderlich ist. Dabei ist jedoch die Abwägung mit den verfassungsrechtlich festgeschriebenen Persönlichkeitsrechten unbedingt notwendig. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, da das nationale Telemediengesetz dies nicht vorsieht. Hintergrund Das Urteil des BGH beruhte auf einer Vorabentscheidung des EuGH (C-582-14). Der BGH hatte über die Klage eines Bürgers zu entscheiden, ob die Speicherung seiner IP-Adresse beim Aufruf von Webseiten der Bundesregierung zulässig ist. IP-Adressen sind Nummernfolgen, die unter anderem Internetnutzern und Webseiten zugewiesen werden, um die Kommunikation zwischen diesen zu ermöglichen.

*Vgl. auch den Wortlaut des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes in der Rubrik: „Aktuelle Urteile“, S. 13] [TN]*

**3 Der Hessische Datenschutzbeauftragte legt seinen 45. Tätigkeitsbericht vor**

Pressemitteilung des Hessischen Datenschutzbeauftragten vom 09.05.2017

Für den Hessischen Datenschutzbeauftragten stand der Berichtszeitraum ganz im Zeichen des Europäischen Datenschutzreformpakets mit der Datenschutz-Grundverordnung und der Richtlinie für Justiz und Inneres und war geprägt von intensiven Arbeiten an deren Umsetzung.

„In aufwändiger Detailarbeit“, so der Bericht „wurden die beiden EU-Texte auf Änderungen und neue Aufgaben und Aufträge an die Datenschutzbehörden untersucht“ und die Ergebnisse analysiert. „Zudem hat der Hessische Datenschutzbeauftragte die gesetzestechnische Umsetzung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene begleitet. Dabei hat Professor Ronellenfitsch besonderen Wert darauf gelegt, dass die bisherigen deutschen Standards beibehalten werden, um nicht die Europaverdrossenheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger auch im Bereich des Datenschutzes zu verstärken.“ Besondere Bemühungen zielen dabei insbesondere auf einen wirksamen Beschäftigtendatenschutz und auf einen Ausgleich der Belange von Datenschutz und Datenverkehr.

Der detaillierte 334 Seiten umfassende Bericht ist in 10 Kapitel aufbereitet und bietet einen guten Einblick in die datenschutzrechtlichen Diskussionen der letzten Jahre. Gliede-

rungspunkte sind u.a. Europa und Internationales /// Datenschutz im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Bereich /// Technik und Videoüberwachung [vgl. *nachfolgenden Auszug aus dem Tätigkeitsbericht*] /// Entschließungen der Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder und Beschlüsse des Düsseldorfer Kreises. [[LINK zum Tätigkeitsbericht](#)]

Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Datenschutzbeauftragten vom 09.05.2017 [TN]

#### **4 Zulässigkeit von Videoaufzeichnungen durch einen ausrichtenden Verband im Wettkampf**

<https://www.datenschutz.hessen.de/tb45inhalt.htm>

Da Videoaufnahmen bei Wettkämpfen immer selbstverständlicher werden, dokumentieren wir nachfolgend den entsprechenden Bericht im Tätigkeitsbericht des Hessischen Datenschutzbeauftragten\*:

Die Nutzung eines Videoaufzeichnungssystems durch einen Sportverband zur Kontrolle kampfrichterlicher Entscheidungen ist grundsätzlich zulässig. Eine darüberhinausgehende Nutzung bedarf der ausdrücklichen Einwilligung aller Athleten. Kampfrichterinnen und -richter sind auf das Datengeheimnis nach § 5 BDSG zu verpflichten.

##### **Nutzung eines Videoaufzeichnungssystems durch den Hessischen Judo-Verband e.V.**

Der Hessische Judo-Verband e. V. (HJV) nutzte zur Entscheidungsfindung in Zweifelsfällen ein Videoaufzeichnungssystem. Im Rahmen von Wettkämpfen, die der HJV ausrichtet, wurden Videoaufnahmen auf einem eigens hierfür vorgesehenen Laptop gespeichert. Die Aufzeichnung beschränkte sich auf den Wettkampf zwischen den Athleten. Zweck der Aufzeichnungen war es, den Kampfrichtern in Zweifelsfällen durch Ansicht der umstrittenen Kampfsequenz die Möglichkeit der Überprüfung ihrer kampfrichterlichen Entscheidungen zu geben. Die Aufzeichnungen wurden jedoch nach Beendigung des Wettkampfes nicht von dem jeweiligen Laptop gelöscht. Die Aufnahmen wurden stattdessen zu Schulungszwecken weiterverwendet, ohne dass dies den Betroffenen transparent gemacht wurde.

Die Videoaufzeichnung zum Zweck der Überprüfung unklarer Situationen während des Wettkampfes ist durch die Wahrung berechtigter Interessen des HJV gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG gedeckt, so dass die Aufzeichnung grundsätzlich zulässig ist. Es liegt auch im Interesse der Athleten, dass durch die Kampfrichter korrekte Entscheidungen getroffen werden. Werden die Aufnahmen unmittelbar nach dem Wettkampf gelöscht, stehen überwiegende Interessen der Athleten einer Aufzeichnung nicht entgegen. Allerdings gilt auch bei zulässigen Aufzeichnungen das Gebot der Transparenz. Die Videoaufzeichnungen der Athleten im Wettkampf dürfen daher nicht ohne entsprechende Hinweise erfolgen. Dies war beim HJV nicht der Fall und musste korrigiert werden.

Die Verwendung der aufgenommenen Videos zu Schulungszwecken kann im Gegensatz zur Überprüfung unsicherer Entscheidungen nicht auf ein berechtigtes Interesse des HJV gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG gestützt werden. Hier überwiegt das Interesse der Athleten am Unterbleiben einer entsprechenden Nutzung. Auch eine Einwilligung für die Nutzung lag nicht vor. Diese hätte in Schriftform vorliegen müssen, was nicht der Fall war. Diese Nutzung war daher zu untersagen. Der HJV hat sich im Verlauf des Prüfungsverfah-

rens verpflichtet, eine derartige Nutzung zu unterlassen und die aufgenommenen Videos unmittelbar nach dem Wettkampf von den jeweiligen Laptops zu löschen.

### **Verpflichtung der Kampfrichter auf das Datengeheimnis gemäß § 5 BDSG**

Eine Überprüfung ergab außerdem, dass die eingesetzten Kampfrichterinnen und -richter nicht vollständig auf das Datengeheimnis nach § 5 BDSG verpflichtet waren.

Die bei den jeweiligen Wettkämpfen des HJV eingesetzten Kampfrichterinnen und -richter haben neben der Beobachtung und Bewertung der Kämpfe die generelle Überprüfung der Starterlaubnis und Identitätskontrolle durch den Judo-Pass oder Personalausweis sowie die Erfassung von Gewicht, Alter etc. vorzunehmen. Damit sind sie mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten befasst und daher auch nach § 5 BDSG auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Mangels Verpflichtung aller Kampfrichter auf das Datengeheimnis lag ein Verstoß gegen § 5 Satz 2 BDSG vor. Dem HJV wurde deshalb aufgegeben, die eingesetzten Kampfrichterinnen und -richter sukzessive auf das Datengeheimnis zu verpflichten.

*\*Quelle: 45. Tätigkeitsbericht des Hessischen Datenschutzbeauftragten Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, o.S.  
(Kap.: 4.1.1 Datenverarbeitung durch einen Sportverband) [LINK](#) [TN]*

-----

## MEDIEN – TECHNIK – SICHERHEIT

### 5 Urheberrecht in sozialen Netzwerken: Worauf Sie beim Teilen und Liken achten sollten

Soziale Netzwerke (Social Media) sind für viele Menschen mittlerweile fester Bestandteil ihres Alltags. Doch worüber sich viele kaum Gedanken machen: Auch bei Social Media gilt das Urheberrecht. Worauf Sie als Kommunikationsbeauftragter im Sportverein oder -verband beim Teilen und Liken achten sollten, das hat der Berufsverband der Rechtsjournalisten e. V. jetzt in einem eBook zum "Urheberrecht bei Social Media" allgemeinverständlich erläutert und zusammengefasst. Im Vereinsberatungsportal des VIBSS kann der digitale Ratgeber jetzt kostenlos heruntergeladen werden.

Fundort mit Link zum Download eBook: [LSB NRW Newsletter 5 | Mai 2017](#)

### 6 Facebook analysiert die Gefühle von Jugendlichen

Unter dem Titel ">Ich weiß, wie Du Dich letzten Sommer gefühlt hast<" – Gruselig: Gefühlsanalyse in sozialen Medien" berichtet das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein über einen australischen Pressebericht, in dem Facebook unterstellt wird, eine Gefühlsanalyse von Jugendlichen durchzuführen, damit diese Informationen von Werbekunden genutzt werden können. Vor dem Hintergrund der breiten Nutzung dokumentieren wir den Bericht in Auszügen.

Facebook hat diesen Vorwurf mit dem Hinweis zu entkräften versucht, es sei lediglich „um ein besseres Verständnis für das Marketing gegangen, wie Nutzerinnen und Nutzer sich auf Facebook ausdrücken. Die Analyse sei nie für gezielte Werbung verwendet worden. Das halbe Dementi von Facebook zeigt aber vor allem eines: Gefühlsanalyse findet statt.

An der automatisierten Auswertung von Äußerungen der Nutzerinnen und Nutzer wird seit Jahren geforscht. Unter dem Begriff "Sentiment Analysis" (Gefühlsanalyse) versteht man die Auswertung von Text oder biometrischen Informationen wie Stimme, Gesicht oder Körperhaltung von Personen, um daraus ihre Emotionen zu bestimmen. Beispielsweise wollen Unternehmen durch eine automatische Textanalyse bei Diensten wie Twitter herausfinden, welche Reaktionen es auf ihre Produkte gibt. Unzufriedene Kunden können dann von den Unternehmen angesprochen werden, um deeskalierend zu wirken und etwaige Probleme auszuräumen, bevor sich die negative Kritik – beispielsweise in einem sogenannten "Shitstorm" – verbreitet.

Durch den Bericht in der australischen Presse hat sich nun herausgestellt, dass auch Facebook Gefühlsanalyse betreibt. Es heißt in dem Medienbericht, dass bei jugendlichen Nutzerinnen und Nutzern aus Australien und Neuseeland psychologische Erkenntnisse abgeleitet wurden. Dazu soll gehört haben, ob sich die Teenager ängstlich, nervös, gestresst, dumm, unsicher, wertlos oder als Versager fühlen. Während Facebook die Weitergabe solcher Information über die Gemütslage an Werbetreibende dementiert, bestreitet das soziale Netzwerk nicht die Forschung zur Gefühlsanalyse mit den Daten seiner jugendlichen Mitglieder in Australien.

Marit Hansen, Leiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), kommentiert dies: "Das Geschäftsmodell von Facebook basiert auf Werbung, die auf die Nutzerinnen und Nutzer zugeschnitten wird. Da liegt es nahe, dass ein Unternehmen, das in das Ausforschen von Gefühlen investiert, diese Informationen auch für Werbezwecke nutzen will – wenn noch nicht im Jahr 2017, dann möglicherweise später. Es ist aber in höchstem Maße unethisch, die Gemütslage von Jugendlichen auszunutzen. Wer sich gerade als Versager, niedergeschlagen oder unsicher fühlt, ist besonders verletzlich. Daraus darf kein Profit geschlagen werden!"

Bereits jetzt werden auch bei Facebook Systeme im Werbebereich eingesetzt, die Verbraucherinnen und Verbraucher feingranular in Kategorien einteilen. Das Angebot der Firma Acxiom sieht für die USA 70 solcher Kategorien vor, die sich nach Alter, Familienstand, Ausbildung, Einkommen, Wohnsituation, Hobbys, Medienverhalten usw. unterscheiden. Beispielsweise werden 3,8 % der US-amerikanischen Haushalte den "Apple Pie Families" zugeordnet, die gut ausgebildet sind, häufig Doppelverdiener mit Kindern sind, ein Haus besitzen, oft einen Minivan fahren, Radio hören, Shoppen gehen und Wert auf Vorsorge legen. Für Deutschland hat man verwandte Kategorien entwickelt, die ebenfalls auf die Lebenssituation eingehen und Annahmen über die Interessen und das Kaufverhalten umfassen, selbst wenn die genauen personenbezogenen Daten gar nicht bekannt sind. Solche Kategorien heißen beispielsweise "Alleinerziehend & kleines Budget", "Lebensabend & genügsam" oder "Midlife plus & Genuss". Auf dieser Basis wird online und offline über zielgruppenspezifische Werbung und Ansprache der Kundschaft entschieden [[LINK zum vollständigen Bericht](#)] [RG]

-----

## GESETZGEBUNG

### 7 Stellungnahme der Bundesdatenschutzbeauftragten zum neuen Gesetz

Licht und Schatten: Bundestag verabschiedet neues Datenschutzrecht

Quelle: [https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Pressemitteilungen/2017/10\\_BDSG\\_neu\\_April.html](https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Pressemitteilungen/2017/10_BDSG_neu_April.html)

Die Datenschutzbeauftragte begrüßt die zügige Anpassung des deutschen Datenschutzrechts an die ab 2018 geltenden EU-Vorgaben. So hat der Bundestag die Rechte der Betroffenen auf Information, Auskunft und Löschung im Vergleich zum Entwurf der Bundesregierung spürbar gestärkt. Die eingeschränkten Kontrollrechte der Datenschutzbehörden sind jedoch kritisch zu sehen.

Ab Mai 2018 gelten europaweit die EU-Datenschutz-Grundverordnung und die EU-Richtlinie für den Datenschutz bei Polizei und Justiz. Das am Donnerstag verabschiedete Datenschutzanpassungs- und Umsetzungsgesetz greift dies auf und wird das bisherige Bundesdatenschutzgesetz ablösen. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates, der sich voraussichtlich am 12. Mai 2017 damit befassen wird.

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Andrea Voßhoff, begrüßt, dass das Gesetzgebungsverfahren noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann: "Das neue Datenschutzgesetz ergänzt die ab Mai 2018 unmittelbar geltende EU-Datenschutz-Grundverordnung. Anpassungs- und Umsetzungsbedarf besteht aber noch in zahlreichen Fachgesetzen, beispielsweise für den Sozialdatenschutz im Sozialgesetzbuch sowie bei den Datenschutzgesetzen der Länder."

Das nun vorliegende Gesetz wurde gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger verbessert. So enthält das Gesetz nur noch sehr wenige Einschränkungen der Betroffenenrechte, die vor allem kleine Unternehmen mit oftmals noch analoger Datenverarbeitung entlasten. Damit gilt für die Mehrzahl der Datenverarbeitungen in der digitalen Welt der hohe Standard der Datenschutz-Grundverordnung.

#### **Eingeschränkte Kontrollbefugnisse verfassungs- und europarechtswidrig**

Die BfDI kritisiert jedoch, dass der Deutsche Bundestag bei wichtigen Punkten den Gesetzentwurf nicht nachgebessert hat: "Die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderten wirksamen Kontroll- und Durchsetzungsbefugnisse der BfDI im Bereich Polizei und Justiz und außerhalb des Geltungsbereichs des EU-Rechts sind deutlich beschränkt. Gerade in diesem Bereich ist eine unabhängige Kontrolle und Durchsetzung des Datenschutzes zwingend notwendig."

Die BfDI erhält hier jedoch keinerlei Durchsetzungsbefugnisse, möglich sind nur nicht-bindende Beanstandungen. Dies ist europarechtswidrig und auch in der Sache falsch. Laut der EU-Richtlinie sollten Datenschutzaufsichtsbehörden zumindest die Möglichkeit haben, die Rechtmäßigkeit bestimmter Verarbeitungsvorgänge gerichtlich überprüfen zu lassen. Auch darf die BfDI den Bundestag in Zukunft nicht mehr proaktiv über Kontrollen beim Bundesnachrichtendienst informieren."

## Effiziente Vertretung deutscher Aufsichtsbehörden in EU-Aufsichtsgremien

Positiv bewertet die BfDI das geplante Verfahren für die effiziente Zusammenarbeit der deutschen Aufsichtsbehörden und deren einheitliche Vertretung in europäischen Angelegenheiten. Dafür erhält die BfDI die Funktion einer Zentralen Anlaufstelle für die Datenschutzbehörden in Bund und Ländern. Die BfDI wird zudem als Gemeinsamer Vertreter im Europäischen Datenschutzausschuss benannt. Als Stellvertreter steht ihr dabei eine vom Bundesrat gewählte Leiterin oder ein Leiter einer Landesdatenschutzbehörde mit Befugnissen in bestimmten Angelegenheiten der Länder zur Seite.

Eine erste inoffizielle Fassung finden Sie auf der nachfolgend verlinkten Seite von Hogan-Lovells [[LINK zum Beitrag](#)]

---

## 8 Bundestag verabschiedet neues Bundesdatenschutzgesetz: Das Wichtigste auf einen Blick

---

Am 27. April 2017 hat der Deutsche Bundestag ein vollständig neues Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verabschiedet. Das neue BDSG tritt an die Stelle des seit 40 Jahren geltenden bisherigen gleichnamigen Gesetzes. Das neue BDSG soll das deutsche Recht an die Vorgaben der EU Datenschutz Grundverordnung (DS-GVO) anpassen. Das neue Datenschutzgesetz wird nun die Basis für die Anpassung deutscher Gesetze an die DS-GVO. Weitere Gesetze zu Spezialgebieten wie Sozialdatenschutz sollen folgen.

In einem ersten Beitrag haben Tim Wybitul, Dr. Wolf-Tassilo Böhm und Dr. Lukas Ströbel die Kernthemen benannt, die Unternehmen in jedem Falle bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen beachten sollten. In Ihrer abschließenden Zusammenfassung ziehen die Autoren ein eher gemischtes Fazit:

„Das neue BDSG ist ausgesprochen komplex und schwer verständlich. Das führt auch zu ganz erheblichen Folgeproblemen. Denn Gesetze, die niemand versteht, werden in der Praxis auch nicht richtig oder gar vollständig umgesetzt. Mit dem neuen Bundesdatenschutzgesetz will die Bundesregierung zudem den ihr von Brüssel eingeräumten Handlungsspielraum möglichst weit ausschöpfen. Nach Meinung der deutschen Datenschutzbehörden überschreitet das neue Gesetz jedoch den nach der DS-GVO zulässigen Spielraum. Das kann zu Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission führen. Vor allem aber dürfen deutsche Gerichte und Behörden Vorschriften des BDSG nicht anwenden, wenn sie diese für EU rechtswidrig halten. Das führt für Unternehmen zu erheblicher Rechtsunsicherheit – gerade bei Umsetzungsprojekten zur DS-GVO.“ [[Link zum vollständigen Text](#)]

---

## AKTUELLE URTEILE

**9 Dynamische IP-Adressen dürfen als personenbezogene Daten nur unter bestimmten Voraussetzungen gespeichert werden**

Bundesgerichtshof zur Zulässigkeit der Speicherung von dynamischen IP-Adressen

*Quelle:* Bundesgerichtshof, Urteil vom 16.05.2017 [AZ: VI ZR 135/13]

*Fundort:* [kostenlose-urteile.de](http://kostenlose-urteile.de) (ra-online GmbH), Berlin 16.05.2017; Dok.-Nr.: 24258

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass es sich bei dynamischen IP-Adressen um personenbezogene Daten handelt. Die IP-Adresse darf als ein solches personenbezogenes Datum nur unter bestimmten Voraussetzungen - etwa zur Abwehr von Cyberattacken - gespeichert werden.

Der Kläger des zugrunde liegenden Verfahrens verlangte von der beklagten Bundesrepublik Deutschland Unterlassung der Speicherung von dynamischen IP-Adressen. Dies sind Ziffernfolgen, die bei jeder Einwahl vernetzten Computern zugewiesen werden, um deren Kommunikation im Internet zu ermöglichen. Bei einer Vielzahl allgemein zugänglicher Internetportale des Bundes werden alle Zugriffe in Protokolldateien festgehalten mit dem Ziel, Angriffe abzuwehren und die strafrechtliche Verfolgung von Angreifern zu ermöglichen. Dabei werden unter anderem der Name der abgerufenen Seite, der Zeitpunkt des Abrufs und die IP-Adresse des zugreifenden Rechners über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus gespeichert. Der Kläger rief in der Vergangenheit verschiedene solcher Internetseiten auf.

Der bisherige Verlauf des Falles vor den Gerichten

Mit seiner Klage begehrte der Kläger, die Beklagte zu verurteilen, es zu unterlassen, ihm zugewiesene IP-Adressen über das Ende des jeweiligen Nutzungsvorgangs hinaus zu speichern. Das Amtsgericht hat die Klage abgewiesen. Auf die Berufung des Klägers hat das Landgericht dem Kläger den Unterlassungsanspruch nur insoweit zuerkannt, als er Speicherungen von IP-Adressen in Verbindung mit dem Zeitpunkt des jeweiligen Nutzungsvorgangs betrifft und der Kläger während eines Nutzungsvorgangs seine Personalia angibt. Gegen dieses Urteil haben beide Parteien die vom Berufungsgericht zugelassene Revision eingelegt.

BGH weist Sache im Anschluss an Entscheidung des EuGH zurück an Berufungsgericht

Der Bundesgerichtshof hatte mit Beschluss vom 28. Oktober 2014 das Verfahren ausgesetzt und dem Europäischen Gerichtshof zwei Fragen zur Auslegung der EG-Datenschutz-Richtlinie zur Vorabentscheidung vorgelegt. Nachdem der Gerichtshof mit Urteil vom 19. Oktober 2016 die Fragen beantwortet hat, hat der Bundesgerichtshof nunmehr über die Revisionen der Parteien entschieden. Diese hatten Erfolg und führten zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht. [MEHR]

*Vgl. auch den Kommentar der Bundesdatenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Andrea Voßhoff, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (Rubrik: „In der Diskussion – Neuigkeiten rund um den Datenschutz“, S. 7) [TN]*

---

## 10 BGH: Markenverletzung durch programmierte Aufnahme einer Marke in Quelltext einer Internetseite durch Suchanfragen der Nutzer

---

Aufnahme der geschützten Marke in Quelltext führt zur Auffindbarkeit der Verkaufsplattform bei Google

Quelle: Bundesgerichtshof, Urteil vom 30.07.2015 [AZ: I ZR 104/14]

Fundort: [kostenlose-urteile.de/ra-online GmbH, Berlin 10.05.2017; Dok.-Nr.: 24226](http://kostenlose-urteile.de/ra-online/GmbH/Berlin/10.05.2017/Dok.-Nr.:24226)

---

Enthält eine Verkaufsplattform im Internet ein Programm, wonach die Suchanfragen der Nutzer automatisch in den Quelltext der Internetseite aufgenommen werden, so verletzt der Betreiber der Internetseite eine Marke, wenn durch das Programm eine geschützte Marke in den Quelltext aufgenommen wird und dadurch die Plattform bei Google auffindbar wird. Dies hat der Bundesgerichtshof entschieden.

In dem zugrunde liegenden Fall wurde die Betreiberin einer Verkaufsplattform von einer Mitbewerberin im August 2010 wegen einer behaupteten Markenverletzung abgemahnt. Die Mitbewerberin vertrieb unter einer Internetseite Kunstdrucke sowie Poster und war Inhaberin der Gemeinschaftswortmarke "Posterlounge". Hintergrund der Abmahnung war, dass die Plattformbetreiberin auf ihrer Seite die interne Suchmaschine so programmiert hatte, dass Suchanfragen der Nutzer unter bestimmten Voraussetzungen automatisch in den Quelltext der Seite aufgenommen wurden. Durch diese Programmierung geriet die Suchanfrage "poster lounge" in den Quelltext der Verkaufsplattform. Wurde dieses Begriffspaar in die Suchmaschine Google eingegeben, erschienen auf der ersten Seite Links, die zur Verkaufsplattform führten. Die Mitbewerberin und Markenrechtsinhaberin sah darin eine Markenverletzung und klagte, nachdem die abgemahnte Plattformbetreiberin auf die Abmahnung nicht reagierte, unter anderem auf Unterlassung. [MEHR] [TN]

---

## 11 Sächsische Behörden dürfen Auskünfte an Presse und Rundfunk nur nach Maßgabe des Sächsischen Pressegesetzes und des Rundfunkstaatsvertrages verweigern

---

Sächsisches Datenschutzgesetz bei Auskunftsansprüchen nicht einschlägig

Quelle: Sächsisches Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 16.05.2017 [AZ: 3 A 848/16]

Fundort: [kostenlose-urteile.de/ra-online GmbH, Berlin 19.05.2017; Dok.-Nr.: 242278](http://kostenlose-urteile.de/ra-online/GmbH/Berlin/19.05.2017/Dok.-Nr.:242278)

---

Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hat entschieden, dass für Auskunftsansprüche von Presse und Rundfunk gegenüber den Behörden des Freistaates Sachsen die Einschränkungen des Sächsischen Datenschutzgesetzes nicht gelten, sondern diese Auskunftsansprüche allein nach § 4 des Sächsischen Pressegesetzes (SächsPresseG) bzw. § 9 a des Rundfunkstaatsvertrags der Länder (RStV) zu beurteilen sind.

Der Kläger des zugrunde liegenden Streitfalls, über dessen Person und Aburteilung schon zuvor in den Medien berichtet worden war, wollte feststellen lassen, dass die Presseauskünfte des Pressesprechers der Generalstaatsanwaltschaft Dresden an eine regionale Zeitung und einen Rundfunksender über den Beginn der Vollstreckung seiner Straftat rechtswidrig waren, weil dabei die Vorgaben des Sächsischen Datenschutzgesetzes nicht eingehalten worden seien. Dies verletze ihn in seinem Persönlichkeitsrecht und seinem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

Öffentliches Informationsinteresse überwiegt hier schutzwürdige private Interessen des Klägers an Geheimhaltung

Dem ist das Sächsische Obergerverwaltungsgericht nicht gefolgt und hat damit das Urteil der Vorinstanz bestätigt. Nach Auffassung des Obergerverwaltungsgerichts können sächsische Behörden Auskünfte an Presse und Rundfunk nur nach Maßgabe von § 4 SächsPresseG und § 9 a RStV verweigern. Das Sächsische Datenschutzgesetz sei neben diesen speziellen Auskunftsansprüchen nicht einschlägig. Bei § 9 a RStV zeige dies bereits der Wortlaut, während der einschränkende Verweis in § 4 Abs. 1 Satz 1 SächsPresseG auf "allgemeine Rechtsvorschriften" nach Sinn und Zweck jedenfalls das Sächsische Datenschutzgesetz nicht erfasse. Nach Maßgabe von § 4 SächsPresseG und § 9 a RStV durften die gegebenen Auskünfte hier nicht verweigert werden, weil das öffentliche Informationsinteresse angesichts des Inhalts der übermittelten Informationen das schutzwürdige private Interesse des Klägers an deren Geheimhaltung überwog. [[MEHR](#)] [TN]

-----



**Führungs-Akademie  
des Deutschen Olympischen Sportbundes**  
Willy-Brandt-Platz 2  
50679 Köln

Tel. 0221/221 220 13  
Fax: 0221/221 220 14  
[info@fuehrungs-akademie.de](mailto:info@fuehrungs-akademie.de)  
[www.fuehrungs-akademie.de](http://www.fuehrungs-akademie.de)